



Detailansicht des Registereintrags

Deutscher Bundesjugendring e.V.

Aktuell seit 24.02.2026 15:34:01

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000522
Ersteintrag:	15.02.2022
Letzte Änderung:	24.02.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	28.11.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Mühlendamm 3 10178 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493040040400 E-Mail-Adressen: info@dbjr.de Webseiten: www.dbjr.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

170.001 bis 180.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

4,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Daniela Broda**
Funktion: Vorsitzende
2. **Wendelin Haag**
Funktion: Vorsitzender
3. **Özge Erdoğan**
Funktion: stellvertretende Vorsitzende
4. **Lena Bloemacher**
Funktion: stellv. Vorsitzende
5. **Moritz Tapp**
Funktion: stellv. Vorsitzender
6. **Jonathan Schweizer**
Funktion: stellv. Vorsitzender
7. **Sophie Schmitz**
Funktion: stellv. Vorsitzende
8. **Regina Gehlisch**
Funktion: stellv. Vorsitzende

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (23):

1. **Kirstin Weis**
2. **Christian Weis**
3. **Frederik Sübai**
4. **Carolin Vogt**
Tätigkeit bis 04/21:
Wissenschaftliche Mitarbeiterin eines Abgeordneten des Deutschen Bundestages
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
5. **Lars Reisner**
6. **Shari Kohlmeyer**
7. **Christina Schneider**
Tätigkeit bis 10/23:
Wissenschaftliche Mitarbeiterin eines Abgeordneten des Deutschen Bundestages
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
8. **Miriam Zubke**
9. **Maximilian Lorenz**
10. **Matthias Starz**

11. **Friederike Heuer**
12. **Melanie Schütz**
13. **Sophie Schillings**
14. **Stephanie Hilck**
Tätigkeit bis 06/25:
Wissenschaftliche Mitarbeiterin für ein Mitglied des Bundestags
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
15. **Charlotte Hochegger**
16. **Daniela Broda**
17. **Wendelin Haag**
18. **Özge Erdoğan**
19. **Lena Bloemacher**
20. **Moritz Tapp**
21. **Jonathan Schweizer**
22. **Sophie Schmitz**
23. **Regina Gehlisch**

Gesamtzahl der Mitglieder:

51 Mitglieder am 27.11.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (12):

1. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
2. Europäische Bewegung Deutschlands (EBD)
3. IJAB - Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland
4. Bündnis für Gemeinnützigkeit (BfG)
5. Deutsches Jugendinstitut (DJI)
6. Bundesausschuss politische Bildung e.V. (bap)
7. Nationale Armutskonferenz (NAK)
8. Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)
9. Pressenetzwerk für Jugendthemen e.V. (PNJ)
10. Digitalcourage e.V.
11. Förderverein Oswiecim
12. Stiftung Deutsche Jugendmarke

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (32):

Arbeitsmarkt; Internationale Beziehungen; Menschenrechte; Berufliche Bildung; Hochschulbildung; Wahlrecht; EU-Gesetzgebung; Diversitätspolitik; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Extremismusbekämpfung; Datenschutz und Informationssicherheit; Internetpolitik; Asyl und Flüchtlingsschutz; Migration; Politisches Leben, Parteien; Wohnen; Strafrecht; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Grundsicherung; Rente/Alterssicherung; Tourismus; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"; Artenschutz/Biodiversität; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Verkehrspolitik; Bundeswehrangelegenheiten

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

In den Jugendverbänden engagieren sich Kinder und Jugendliche mit ganz eigenen Wünschen, Sorgen und Interessen, unterschiedlichen Fähigkeiten und Perspektiven. Sie alle brauchen eine starke Stimme in der Politik - ihre Interessenvertretung sind wir, der Bundesjugendring. Als Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände und Landesjugendringe in Deutschland ist der Bundesjugendring ein starkes Netzwerk. Rund sechs Millionen Kinder und Jugendliche sind in den Jugendverbänden und -ringen zusammengeschlossen und engagiert. Jugendverbände sind Orte, an denen Kinder und Jugendliche Gemeinschaft erleben, lernen, Freizeit gestalten, aktiv sind. In Gesprächen mit Entscheidungsträger*innen aus Politik und Gesellschaft bringt der Bundesjugendring ein, was der jungen Generation auf den Nägeln brennt. Er repräsentiert die Vielfalt jugendlicher Belange und Forderungen gegenüber Parlament, Regierung und Öffentlichkeit. Der Bundesjugendring kämpft für eine Jugendpolitik, die junge Menschen wahrnimmt, ihnen selbstbestimmtes Handeln und Aufwachsen ermöglicht, Freiräume einräumt und sie in ihrer persönlichen Entwicklung unterstützt. Für eine gerechte Teilhabe an der Gesellschaft.

Konkrete Regelungsvorhaben (20)

1. Absenkung des Wahlalters zur Wahl des Deutschen Bundestages

Beschreibung:

Absenkung des Mindestwahlalters zur Wahl der Deutschen Bundestages auf mindestens 14 Jahre

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Wahlrecht [alle RV hierzu]

2. Weiterentwicklung § 72a SGB VIII

Beschreibung:

§ 72a SGB VIII soll dahingehend angepasst werden, dass zum Erweiterten Führungszeugnis nach § 30a BZRG wird eine digitale Bescheinigung als Alternative geschaffen wird. Diese Bescheinigung wird digital unter Nutzung der neuen digitaler Identifikationsnachweise (z.B. Personalausweis mit Online-Ausweisfunktion) beantragt und zugestellt, wie dies für immer mehr Verwaltungsleistungen möglich ist und es dem Gedanken des Gesetzes zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (OZG) entspricht.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 8 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2407190003 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Anpassung des Selbstbestimmungsgesetz

Beschreibung:

Junge Menschen ab 14 Jahren müssen ohne die Zustimmung ihrer Eltern die Erklärung über die Änderung ihres Geschlechtseintrags und ihres Vornamens abgeben können. Daher ist es nur konsequent ihnen auch die Mündigkeit in der Entscheidung über die eigene geschlechtliche Identität zuzugestehen.
Abschaffung der Wartefristen

Das Offenbarungsverbot sollte keine Ausnahmen enthalten, auch um die Selbstbestimmung junger Menschen und die Anerkennung der eigenen Identität zu stärken. Die Entscheidung zu einer Auskunft über ehemalige Eintragungen muss bei der betroffenen Person liegen.

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2407190004 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. Änderung des BAföG

Beschreibung:

u.a.

Es braucht einfache und klare Verfahren, um bei psychischer Belastung oder Krankheit BAföG über die Regelstudienzeit hinaus zu erhalten.

Regelung nach Paragraph 15 Absatz 3 BAföG: Der Absatz soll durch eine Nummer 6 ergänzt werden, die eine Fortführung der Förderung nach BAföG sichert, wenn die Förderungshöchstdauer infolge eines Engagements in einem der anerkannten Jugendverbände überschritten wurde.

Höhe des BAföG-Satzes nach den Paragraphen 12 und 13: Ziel ist eine Erhöhung der Sätze nach Regelbedarf ohne Unterbringung auf einheitlich 600 Euro. Eine regelmäßige, automatische und bedarfsdeckende Anpassung der Bedarfssätze und Freibeträge ist in die Festlegung der Bedarfe in den Paragraphen 12 und 13 mit aufzunehmen.

Betroffenes geltendes Recht:

BAföG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Hochschulbildung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2407190005 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.05.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. Strukturelle Reform der Rente

Beschreibung:

Als Basis für eine krisenfeste und zukunftsfähige Rente sind deshalb notwendig: ein gerechteres Verhältnis von unternehmerischer Wertschöpfung und ausgezahlten Arbeitseinkommen, die höhere Besteuerung von Kapitaleinkünften und Unternehmen, die Anhebung des Spitzensteuersatzes, eine gerechtere Erbschaftssteuer sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Wir fordern die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, in der alle Personen, die erwerbstätig sind, einzahlen. Gleichzeitig gilt auch hier, mindestens die Hälfte der Beiträge müssen durch die Arbeitgeber*innen getragen werden. Die Arbeitgeber*innenanteile etwa bei Auftragsvergabe an Selbstständige übernimmt der/die Auftraggeber*in.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 6 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2407190006 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.05.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. Bedarfsgerechte Aufstockung der KJP-Förderung**Beschreibung:**

Bedarfsgerechte Aufstockung des KJP insbesondere zusätzliche sechs Millionen Euro für das Handlungsfeld der Jugendverbandsarbeit im Vergleich zum Jahresansatz 2023.

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

7. Abschaffung der Schuldenbremse**Beschreibung:**

Die Schuldenbremse im Grundgesetz soll für eine nachhaltige und generationengerechte Fiskalpolitik abgeschafft werden.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

8. Prüfung der AfD auf ihre Verfassungsmäßigkeit**Beschreibung:**

Der DBJR fordert die Bundesregierung, den Bundestag sowie den Bundesrat dazu auf, beim Bundesverfassungsgericht das Verbot der AfD gem. Art. 21 Abs. 2 GG zu beantragen. Dazu müssen jetzt durch Bund und Länder bzw. die zuständigen Behörden die notwendigen Schritte eingeleitet werden und Materialien, die die Verfassungswidrigkeit der AfD belegen, gesammelt werden. Unabhängig davon müssen die Landesregierungen im Rahmen des § 43 Abs. 2 BVerfGG gesetzlich ermächtigt werden, ein Parteiverbotsverfahren gegen einen Landesverband auch dann zu beantragen können, wenn diese Partei ihre Organisation nicht nur auf das Gebiet des jeweiligen Landes beschränkt.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/13750 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Antrag auf Entscheidung des Deutschen Bundestages über die Einleitung eines Verfahrens

zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der "Alternative für Deutschland" gemäß Artikel 21 Absatz 2, 3 und 4 des Grundgesetzes i. V. m. § 13 Nummer 2 und 2a, §§ 43 ff. des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]; BVerfGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Extremismusbekämpfung [alle RV hierzu]; Politisches Leben, Parteien [alle RV hierzu];
Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

9. Recht auf ein Gesellschaftsjahr

Beschreibung:

Freiwilligendienste sind im Rahmen eines Rechtsanspruchs durch den Bund zu fördern, auf eine Dienstpflicht ist zu verzichten. Wo Menschen, Einsatzstellen und Träger sich auf den Abschluss einer Freiwilligendienst-Vereinbarung einigen, garantiert der Rechtsanspruch den Dienst. Der Bund soll ein Freiwilligengeld, dessen Betrag sich am BAföG-Höchstsatz orientiert, finanzieren. Alle jungen Menschen sollen eine individuelle Einladung und Einzelberatung für einen Freiwilligendienst erhalten.

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

10. Den 8. Mai als "Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des zweiten Weltkriegs" zum gesetzlichen Feiertag machen

Beschreibung:

Der Deutsche Bundesjugendring fordert die Bundesregierung auf, den 8. Mai als „Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges“ zum gesetzlichen Feiertag zu erklären.

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]

11. Deutschland-Ticket entgeltfrei in Juleica integrieren

Beschreibung:

Als Jugendverbände und Landesjugendringe fordern wir zunächst die bundesweite, entgeltfreie Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) für die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen der Kinder- und Jugendarbeit (Jugendleiter*innen), die Inhaber*innen einer gültigen Jugendleiter*innencard (Juleica) sind. Hierzu sind die derzeitigen Leistungen des „Deutschland-Tickets“ in die Juleica zu integrieren und von Bund und Ländern dauerhaft und vollständig zu finanzieren.

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

12. Einführung einer vollumfänglichen Kindergrundsicherung

Beschreibung:

Alle kindesbezogenen Sozialleistungen sollten in der Kindergrundsicherung gebündelt werden, um den Zugang zu erleichtern und die Leistung automatisch auszahlen zu können. Die Höhe der Kindergrundsicherung sollte sich am wirklichen soziokulturellen Existenzminimum von Kindern & Jugendlichen orientieren. Die Auszahlung sollte bis mindestens zur Vollendung des 25. Lebensjahrs erfolgen, um Übergänge zwischen Schule, Ausbildung & Studium zu berücksichtigen. Mehrbedarfe sollten zusätzlich zur Kindergrundsicherung berücksichtigt werden. Hierzu gehören überdurchschnittliche Wohnkosten, besondere Verpflegungskosten durch medizinische Unterstützung oder Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Die Beantragung und Auszahlung der Kindergrundsicherung sollte unbürokratisch & unkompliziert gehalten werden.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/9092 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Kindergrundsicherung

Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/9643 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Kindergrundsicherung - Drucksache 20/9092 -
Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung

Betroffenes geltendes Recht:

BKGG 1996 [alle RV hierzu]; SGB 2 [alle RV hierzu]; SGB 12 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Familienpolitik [alle RV hierzu]; Grundsicherung [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

13. Anpassung des Klimaschutzgesetzes

Beschreibung:

Der Bundesjugendring fordert von der Bundesregierung Klimaschutz der die Interessen junger Menschen und zukünftiger Generationen berücksichtigt und gleichzeitig sozial gerecht gestaltet wird. Alle politischen Maßnahmen müssen am 1,5 Grad Ziel des Pariser Klimaabkommens ausgerichtet werden. Dabei nimmt das Bundes-Klimaschutzgesetz eine zentrale Rolle ein. Das zweite Gesetz zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes vom 15. Juli 2024 sieht der Bundesjugendring aufgrund der Aufweichung der Sektorenziele kritisch. Das Bundes-Klimaschutzgesetz soll so ausgestaltet werden, dass Deutschland seine Emmisionsziele in allen Sektoren erreicht.

Betroffenes geltendes Recht:

KSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]

14. Gesetzliche Verankerung von Jugendbeteiligung

Beschreibung:

Wenn die Belange junger Menschen betroffen sind, müssen junge Menschen strukturell-institutionell und wirksam eingebunden werden. Jugendbeteiligung auf Bundesebene muss gestärkt und gesetzlich verankert werden. Jedem Vorhaben der Bundesregierung muss ein angemessener und zielgruppengerechter Informations- und Beteiligungsprozess vorangehen. Die Beteiligung von jungen Menschen an politischen Entscheidungsprozessen muss sich an den Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung ausrichten.

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

15. **Kinderrechte ins Grundgesetz**

Beschreibung:

Kinderrechte sollen mindestens nach den Standards der UN-Kinderrechtskonvention in das Grundgesetz aufgenommen werden.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

16. **Investitionsprogramm in die zentralen Orte der Kinder- und Jugendarbeit**

Beschreibung:

Es soll ein gezieltes Bundesprogramm für Investitionen in die zentralen Orte der Kinder- und Jugendarbeit wie Jugendbildungsstätten, Jugendherbergen und andere gemeinnützige Übernachtungs- und Freizeittätten geschaffen werden. Dieses soll energetische Sanierung, Digitalisierung und Barrierefreiheit beinhalten.

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

17. **Kinder- und Jugendhilfeinklusionsgesetz**

Beschreibung:

Die Kinder- und Jugendhilfe soll inklusiv und mit einer Gesamtzuständigkeiten für alle Kinder und Jugendliche - mit und ohne Behinderung - unter dem Dach des SGB VIII erfolgen.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/14343 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Ausgestaltung der Inklusiven Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendhilfeinklusionsgesetz - IKJHG)

Zuständiges Ministerium: [BMFSFJ \(20. WP\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[SGB 8](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [SGB 9 2018](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Rechte von Menschen mit Behinderung [\[alle RV hierzu\]](#)

18. Anpassung des Wehrdienst-Modernisierungsgesetz

Beschreibung:

Der DBJR fordert:

- die Streichung der verpflichtenden Erfassungs- und Musterungsregelungen (§§ 15a, 17, 2a WPflG-E);
- die Vermeidung jeder gesetzlichen Konstruktion, die Druck zur Entscheidung für den Wehrdienst erzeugt (§ 58c SG-E);
- die verbindliche, frühzeitige und dauerhafte Einbindung junger Menschen in alle politischen Vorhaben, die ihre Lebensrealitäten unmittelbar betreffen;
- die gleichwertige Förderung freiwilligen zivilgesellschaftlichen Engagements unter fairen Bedingungen – ohne strukturelle Bevorzugung des Wehrdienstes
- die Initiierung einer breiten gesellschaftspolitischen Debatte über Wehrpflicht, Frieden und Sicherheit in der junge Menschen als gleichberechtigte Akteur*innen ernst genommen und gehört werden.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/1853 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Wehrdienstes - Wehrdienst-Modernisierungsgesetz (WDMoDG)

Zuständiges Ministerium: BMVg [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

WehrPflG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bundeswehrangelegenheiten [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2511270022 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.11.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]

19. Ganzjähriges Verbot privater Feuerwerkskörper der Kategorie F2

Beschreibung:

Der DBJR fordert:

- Ein bundesweites, ganzjähriges Verbot des Verkaufs und der privaten Verwendung von Pyrotechnik der Kategorie F2

- Eine entsprechende Änderung der 1. Verordnung zum Sprengstoffgesetz (1. SprengV) muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Das schließt den Verkauf von Böllern und Raketen an Privatpersonen vollständig aus.
- Förderung gemeinschaftlicher, sicherer und moderner Alternativen durch Städte und Gemeinden

Betroffenes geltendes Recht:

SprengV 1 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu];
Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

20. **Reform der gemeinnützigen Zwecke nach § 52 Abs. 2 AO**

Beschreibung:

Es braucht eine gesetzliche Klarstellung, dass die Beeinflussung der politischen Meinungsbildung für gemeinnützige Organisationen innerhalb des Rahmens der anerkannten Satzungszwecke unschädlich ist. Auch entsprechende Äußerungen zu tagespolitischen Ereignissen müssen für die Gemeinnützigkeit unschädlich sein. Ein Engagement für Demokratie, Rechtsstaat und Menschenwürde müssen darüber hinaus für gemeinnützige Organisationen immer möglich sein. In diesem Sinne braucht es eine Reform der gemeinnützigen Zwecke nach § 52 Abs. 2 AO unter Einbeziehung der Jugendverbände und der breiten demokratischen Zivilgesellschaft.

Betroffenes geltendes Recht:

AO 1977 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (4):

1. **Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Deutschland

Betrag: 1.820.001 bis 1.830.000 Euro

Mittel aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes für Maßnahmen, Personal und Infrastruktur.

2. **Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Deutschland

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Mittel für Maßnahmen, Personal und Infrastruktur im Rahmen des HLPPF.

3. **Europäische Kommission**

Europäische Union
Europäische Union

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

Mittel für Maßnahmen, Personal und Infrastruktur im Rahmen des EU-Jugenddialogs.

4. **Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Deutschland

Betrag: 130.001 bis 140.000 Euro

Zuwendung für das Projekt "Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung in Klimafragen" und "Rat für nachhaltige Entwicklung"

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

40.001 bis 50.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Jahresabschluss_2024.pdf](#)